



Liebe Mitglieder der DFG-VK Baden-Württemberg, die Militarisierung schreitet weiter voran. Zu Beginn des Jahres folgte auf die massive finanzielle Aufrüstung der Bundeswehr das Wehrdienstmodernisierungsgesetz – mit dem Ziel, die Truppe deutlich zu vergrößern. Wie groß sie werden soll, steht politisch bereits fest: Der Bundeskanzler spricht von der größten Armee Europas. Wir bleiben pazifistisch und widerpenstig. Denn Gewalt und Militär sind und bleiben ein Irrweg und eine große Gefahr. Unsere Aufgabe sehen wir u.a. darin, davor zu schützen, zur Bundeswehr zu müssen. Dazu gehört, über das neue Gesetz aufzuklären und bei der KDV verlässlich und beratend zur Seite zu stehen. Genau deshalb liegt der Fokus unserer Arbeit in diesem Frühjahr auf dem weiteren Ausbau unseres Beratungs-Netzwerks und einer KDV-Infotour mit dem DFG-VK-Bulli durchs „Ländle“, um vor Ort zu informieren, Fragen zu klären und Unterstützung anzubieten. Doch dabei darf es nicht bleiben. Es braucht viele Menschen für den Frieden auf der Straße: gegen Militarisierung, gegen Kriegswirtschaft und für eine Rückbesinnung auf Soziales, Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb: Unterstützt die Ostermärsche und seid gemeinsam laut und sichtbar für eine friedlichere Zukunft. Das wünscht sich und uns allen
Jonas Fehrenbach
Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg

DFG-VK-Landesverband

Produktives Neujahrstreffen in Karlsruhe

Kriegsdienstverweigerung und Bündnisarbeit im Vordergrund

Der Landesverband der DFG-VK Baden-Württemberg trifft sich traditionell zweimal im Jahr: im Januar zum Neujahrsempfang und im Sommer zur Landesmitgliederversammlung. Der Neujahrsempfang wird seit mehreren Jahren von der Karlsruher Regionalgruppe ausgerichtet – so auch in diesem Jahr. Ein großer Dank geht an die Karlsruher Aktiven der DFG-VK, die erneut einen verlässlichen und vertrauensvollen Rahmen für Austausch, Diskussion und Begegnung geschaffen haben. Rund 50 Teilnehmende kamen zusammen. Die Stimmung war gut, offen und der politischen Situation angemessen von großer Dynamik geprägt.

Im Zentrum des Vormittags stand das zum 1. Januar 2026 in Kraft getretene Wehrdienstmodernisierungsgesetz und der Umgang damit. In seiner Einführung blickte der Landesvorsitzende und KDV-Experte Klaus Pfisterer zunächst auf die Arbeit des Landesvorstands seit der letzten Mitgliederversammlung zurück, ging dann aber sehr klar auf die neuen Herausforderungen ein, die sich aus dem neuen Wehrdienst für einen pazifistischen Verband ergeben.

Besonders die Kriegsdienstverweigerung gewinnt wieder massiv an Bedeutung – sowohl als konkrete Beratungsarbeit als auch als poli-

tische Dimension der Friedensarbeit. Die Zahl der Anfragen steigt, die Beratung wird komplexer, und der kontinuierliche Ausbau des Berater*innen-Netzwerks bleibt eine zentrale Aufgabe des Landesverbands. Zugleich ist die Kriegsdienstverweigerung ein wichtiger Hebel, um Militarismus grundsätzlich zu kritisieren und ihm praktisch etwas entgegenzusetzen.

Neben der Beratung selbst wurde auch die politische Informationsarbeit diskutiert. Angedacht ist unter anderem eine KDV- und Wehrpflicht-Infotour mit dem DFG-VK-Bulli durch Baden-Württemberg. Regionalgruppen und Mitglieder, die einen Halt in ihrer Stadt oder Region organisieren möchten, sind herzlich eingeladen, sich direkt bei Jonas Fehrenbach in der Landesgeschäftsstelle zu melden.

In der anschließenden Diskussion ging es sehr konkret um den Umgang mit den neuen Fragebögen zur Wehrerfassung. Deutlich wurde, dass es hier Orientierung braucht – etwa zur Frage, wann Handlungsspielräume bestehen und ab wann mit Sanktionen zu rechnen ist, wenn der Fragebogen nicht ausgefüllt wird. Auch weitergehende Formen der Verweigerung und des zivilen Ungehorsams wurden angesprochen, etwa die Möglichkeit, den Fragebogen bewusst gar nicht auszufül-



Langjährige Mitglieder im DFG-VK-Landesverband

Wir beglückwünschen folgende Mitglieder, die dem Verband so lange die Treue gehalten haben (März - Juni 2026):

55 Jahre

Roland Arnold
Anton Lehner
Gisela Kehrer-Bleicher
Hans-Michael Schneider
Kurt Kutz
Rudolf Waltert
Helmut Strohmeier

50 Jahre

Werner Schmidt
Thomas Kowoll
Hermann-Josef Scheid
Manfred Harms
Rolf Kalt
Hartmann Dörny
Franz-Josef Friedmann
Gerhard Pfitzer
Götz Rother

45 Jahre

Bernhard Dörner
Manfred König
Lutz-Thomas Abraham
Jörg Sauereisen
Arne Ortlinghaus
Markus Hauer
Josef Kaiser
Markus Stephan-Güldner
Peter Stadtherr
Gunnar Radons
Ulrike Lambert

40 Jahre

Aydin Mir Mohammadi
Rainer Püttbach
Roland Linder
Gerd Heintz
Rembert Böse
Jörn Engel
Fritz Welde
Angela-Christin Hornbogen

35 Jahre

Frank Bleckmann
Rainer Kallert
Rainer Niemczyk

30 Jahre

Jörg Stötzer, Markus Walz

25 Jahre

Max Heinke, Torsten Eggert

20 Jahre

Daniela Kiefer

15 Jahre

Albrecht Dietrich, Maren Witthoefft,
Angelika Leitner

10 Jahre

Werner Ritter, Daniel Weitbrecht,
Reinhard Glatzel, Christine Baisch,
Finnja Vollbrecht, Manfred Streicher,
Helga Weiß, Matthias Frank

Die **SÜDWEST-KONTAKTE** sind die Informationsbeilage zur „ZivilCourage“ für alle Mitglieder des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg. Herausgegeben werden sie vom Landesvorstand Baden-Württemberg Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
Telefon 0176-56 05 66 18
E-Mail ba-wue@dfg-vk.de



KDV-Experte Klaus Pfisterer

len und Menschen dabei solidarisch zu unterstützen. Der Austausch zeigte, wie wichtig es ist, diese Fragen gemeinsam zu klären, um als Friedensbewegung handlungsfähig und sprachfähig zu bleiben.

Ein weiterer zentraler Schwerpunkt des Vormittags war die zunehmende Militarisierung von Schulen. Einigkeit bestand darin, dass Anfragen von Schulen grundsätzlich angenommen werden sollten – mit dem Ziel, eigenständige friedenspolitische Veranstaltungen durchzuführen. Wird hingegen ausschließlich eine Podiumsdiskussion gemeinsam mit Jugendoffizieren der Bundeswehr angeboten, sollte sorgfältig abgewogen werden, ob und unter welchen Bedingungen eine Teilnahme sinnvoll ist. Dabei spielen sowohl die eigene Positionierung als auch die rhetorischen Fähigkeiten der Beteiligten eine wichtige Rolle.

Aus dieser Debatte heraus entstand etwas sehr Ermutigendes: Mehrere Mitglieder, darunter Pädagoginnen und ehemalige Pädagogen, erklärten ihre Bereitschaft, gemeinsam Konzepte für Schulbesuche zu entwickeln. Der neu gegründete Arbeitskreis „Ab in die Schule“ wird sich in den kommenden Monaten mit Seminarformaten, pädagogischen Zugängen und strategischen Fragen befassen. Verstärkt wird diese Arbeit durch ein neues Mitglied, einen ehemaligen Jugendoffizier der Bundeswehr, der seine Erfahrungen künftig aus friedenspolitischer Perspektive in Schulen einbringen möchte.

Einen weiteren wichtigen Impuls setzte Andreas Pahlow aus der Regionalgruppe Mittelbaden. Ziel seiner Initiative ist es, gemeinsam mit anderen Aktiven ein Schulungsformat zu entwickeln, das durch Baden-Württemberg tourt und Friedensaktivist*innen gezielt in der Ansprache junger Menschen zu Themen wie Wehrpflicht, Militär und Aufrüstung schult. Wer Lust hat, an dieser Konzeption mitzuwirken, kann über die Regionalgruppe Mittelbaden Kontakt zu Andreas Pahlow aufnehmen.

Nach einer gemeinsamen Mittagspause bei Pizza – vielen Dank an die Organisator*innen für das Angebot an veganen, vegetarischen und fleischhaltigen Speisen – ging es am Nachmittag in drei Arbeitsgruppen weiter.

Die größte Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit der Kriegsdienstverweigerungsberatung. Viele bereits aktive Berater*innen waren anwesend. Unter der Leitung von

Klaus Pfisterer stand hier der fachliche Austausch im Vordergrund. Neue Zuständigkeiten, offene Rechtsfragen, Kann-Bestimmungen und erste Erfahrungen mit der Anwendung des neuen Gesetzes wurden gemeinsam diskutiert. Zugleich bot die Arbeitsgruppe Raum, um Erfahrungen aus der Beratungspraxis auszutauschen und voneinander zu lernen.

In der Arbeitsgruppe Bündnisarbeit ging es um Vernetzung, Abgrenzung und politische Perspektiven – insbesondere um die Zukunft des Friedensnetzes Baden-Württemberg und die Frage, wie landesweite Zusammenarbeit jenseits großer Einzelveranstaltungen gestaltet werden kann.

Eine dritte Arbeitsgruppe befasste sich mit dem Zusammenhang von Militärausgaben und sozialen Kürzungen. Anhand konkreter Beispiele – von gestrichenen Angeboten in der Kinderbetreuung bis hin zur Schließung von Blindenklassen an Schulen – wurde deutlich, wie sehr die aktuelle Aufrüstungspolitik den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet.

Zum Abschluss des Neujahrstreffens kamen alle Teilnehmenden noch einmal zusammen, hörten kurze Berichte aus den Arbeitsgruppen und tauschten sich bei Kaffee und Kuchen aus. Der Landesvorstand bedankt sich für einen intensiven und produktiven Tag, der mit dem offiziellen Abschluss durch Klaus Pfisterer endete. Das Treffen machte Mut – weil es gezeigt hat, dass Analyse, Haltung und konkrete Handlungsansätze zusammengehören und dass wir Wissen und Kraft haben, uns der fortschreitenden Militarisierung entgegenzustellen.

Jonas Fehrenbach



Monatliche „Freitagsrunde“ in Offenburg Raum für Austausch und kontroverse Friedensdebatten

Mit der Freitagsrunde bietet die DFG-VK-Regionalgruppe Mittelbaden seit mehr als einem Jahr ein regelmäßiges Diskussionsformat an. Einmal im Monat – in der Regel am zweiten Freitag – kommen Interessierte im Offenburgers Bunten Haus zusammen. Nach einem kurzen thematischen Input folgt eine offene Diskussion von etwa anderthalb Stunden. Das Format ist bewusst einfach gehalten und lebt vom gemeinsamen Austausch.

Bei der jüngsten Freitagsrunde stand ein Thema im Mittelpunkt, das seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine vielfach diskutiert wird: die Nato-Osterweiterung. Unter der Leitfrage „Machtpolitik oder Mythos?“ wurde engagiert und kontrovers debattiert.

Zu Beginn gab Wolfgang Eberhardt einen Überblick über die Zeit von 1990 bis zum Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022. Er stellte unterschiedliche politische und zeitgeschichtliche Positionen vor, unter anderem von Klaus von Dohnanyi, Günter Verheugen und Horst Teltchik, und bezog auch internationale Perspektiven ein. Ziel des Inputs war es, historische Argumentationslinien sichtbar zu machen und eine Grundlage für die anschließende Diskussion zu schaffen – nicht, einfache Schuldzuweisungen zu formulieren.

In der Debatte zeigte sich eine große Bandbreite an Einschätzungen. Viele Teilnehmende bewerteten die Nato-Osterweiterung kritisch und sahen sie als einen Faktor, der zu Spannungen mit Russland beigetragen hat. Diskutiert wurden unter anderem politische Zusagen nach dem Ende des Kalten Krieges sowie machtpolitische Interessen westlicher Staaten. Gleichzeitig gab es klare Gegenpositionen: Mehrere Beiträge benannten den russischen Angriff auf die Ukraine eindeutig als völkerrechtswidrig und verwiesen auf die Militarisierung der russischen Gesellschaft als eigenständigen Konfliktfaktor.

Auch die Frage nach möglichen politischen Alternativen – etwa zu Beginn des Krieges – wurde kontrovers diskutiert. Während einige historische Debatten für notwendig hielten, plädierten

andere dafür, den Blick stärker auf aktuelle Wege zu einem Kriegsende zu richten. Thematisiert wurden dabei auch wirtschaftliche Interessen an der Aufrüstung und die Rolle der Rüstungsindustrie.

Als Veranstaltende war es der Regionalgruppe wichtig, kontroverse Positionen zuzulassen, problematische Relativierungen jedoch nicht unkommentiert stehen zu lassen. Versuche, den russischen Angriffskrieg zu rechtfertigen oder auf verschwörungsideologische Erklärungen zurückzugreifen, entsprechen nicht dem Selbstverständnis der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen. Friedensarbeit heißt für uns, Diskussionen zu ermöglichen – auf der Grundlage von Völkerrecht, Menschenrechten und einer klaren Absage an Militarismus.



Die Freitagsrunde zeigt, wie kontinuierliche politische Bildungs- und Diskussionsarbeit auf regionaler Ebene aussehen kann: regelmäßig, offen und ohne den Anspruch, fertige Antworten zu liefern. Das Format ist ein gutes Beispiel dafür, wie Räume für Austausch geschaffen werden können – auch zu schwierigen und strittigen Themen.

Die Freitagsrunde der Regionalgruppe DFG-VK Mittelbaden findet in der Regel am zweiten Freitag im Monat im Bunten Haus in Offenburg statt.

Der nächste Termin ist Freitag, 13. März, das Thema: Notwendigkeit, Sinn oder Zumutung von Pflicht-, Wehr- oder Zivildienst.

Ernst Rattinger

Ostermärsche 2026

Mannheim

Samstag, 4. April
friedensbuendnis-mannheim.de;
Friedensbuendnis-Mannheim@posteo.de

Stuttgart

Samstag, 4. April
10:45 Uhr Kundgebung vor dem EU-COM (S-Vaihingen), danach Fahrradkorso für den Frieden in die Innenstadt; 11:58 Uhr Kundgebung (Zeit der Weltuntergangsuhr) Schlossplatz; ca. 13 Uhr Ostermarsch durch Stuttgart, ca. 14 Uhr Abschlusskundgebung, Schlossplatz

Stuttgart – Ulm (Friedensmarsch)

4.-6. April; Start beim Ostermarsch in Stuttgart, Ziel: Münsterplatz Ulm
Friedenswerkstatt-Ulm@posteo.de

Ulm

Montag, 6. April, 12 Uhr, Wilhelmsburg-Kaserne, Abschluss: Münsterplatz; friedensbewegung-ulm.de

Konstanz/Kreuzlingen

Montag, 6. April, 13:00 Uhr
Start um 13 Uhr, Musikmuschel, Stadtgarten Konstanz
bodensee-friedensweg.org;
bfwfahrbach@aol.com

Kehl/Strasbourg

Mo., 06.04.2026 – 14:00 Uhr
Auftritt in Kehl, Demo nach Strasbourg
Infos: mittelbaden.dfg-vk.de

Freiburg

Samstag, 4. April, 11 Uhr, Platz der Alten Synagoge

Müllheim

Montag, 6. April

Die Termine der Ostermärsche in **Heidelberg** und **Ellwangen** sind noch offen

Weitere Termine und Aktionen rund um Ostermärsche und Friedensarbeit finden sich auf der Webseite www.friedenskooperative.de

Adressenliste

DFG-VK-Gruppe

Bodensee-Oberschwaben

Bernd Wipper, Maurus-Betz-Str. 12,
88662 Überlingen; 07551-3085066
doc.b.wipper@t-online.de

DFG-VK-Gruppe Freiburg

Postfach 5261, 79019 Freiburg
Treffen: Büro im Friedenszentrum,
Stühlinger Str. 7, 79106 Freiburg i. Br.
Tel.: 0761-7678089
freiburg@dfg-vk.de
freiburg.dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Heidelberg

c/o Kai-Uwe Dosch, Hohegasse 1,
69181 Leimen; Tel.: 01525-6907676
heidelberg@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Karlsruhe

c/o Sonnhild Thiel, Alberichstraße 9,
76185 Karlsruhe; Tel.: 0721-552270
dfg-vk.karlsruhe@posteo.de
karlsruhe.dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Ludwigsburg

c/o Wolfram Scheffbuch, Oberdorf-
straße 9, 74366 Kirchheim am Neckar
Tel.: 07143-94668, Mobil: 0173-7397214
ludwigsburg@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe

Mannheim-Ludwigshafen

c/o Friedensbüro Mannheim, Speyerer
Str. 14, 68163 Mannheim
Tel.: 0176-50218312 (Otto Reger)
mannheim@dfg-vk.de
mannheim.dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Mittelbaden

c/o Wolfgang Eberhardt, Mörikestraße 6,
77654 Offenburg; Tel.: 0781-53669
mittelbaden@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Neckar-Fils

c/o Jürgen Flicker, Hauptstraße 46,
73275 Ohmden, Tel.: 07023-2728
jbfli@t-online.de

DFG-VK-Gruppe Stuttgart

Arndtstr. 31, 70197 Stuttgart
stuttgart@dfg-vk.de; stuttgart.dfg-vk.de
jeden 3. Dienstag im Monat Gruppen-
treffen um 19 Uhr in der Arndtstr. 31

DFG-VK-Gruppe Tübingen

c/o Informationsstelle Militarisierung
(IMI e.V.), Hechingerstr. 203, 72072 Tü-
bingen; Tel.: 07071-791703; tuebingen@
dfg-vk.de; www.imi-online.de

DFG-VK-Gruppe Pforzheim

c/o Christof Grosse, Brettener Str. 41,
75181 Pforzheim; Tel.: 07231-358765

DFG-VK-Gruppe Ulm/Neu-Ulm

c/o Markus Kiefer, Otto-Lilienthal-
Weg 65, 89075 Ulm;
Tel.: 0731-40300388; ulm@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe/FI Heidenheim

c/o Jutta Dorsch; Tel.: 07321-51447
jutta.dorsch@t-online.de
Gruppentreffen: 4. Dienstag im Monat
um 19 Uhr im Bürgerhaus,
Hintere Gasse 60, 89522 Heidenheim

DFG-VK-Landesverband BaWü

Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
Tel.: 0176-56056618
eMail: ba-wue@dfg-vk.de
Internet: bawue.dfg-vk.de
Facebook: <https://www.facebook.com/groups/DFG.bawue/>
Instagram: friedensgesellschaft.bawue

Antimilitarismus

Wehrpflicht? Nein, Kriegsdienstzwang!

Für eine klare Sprache statt Beschönigung und Verharmlosung

Eigentlich ist es ganz einfach. Als grundlegendes Freiheitsrecht gegenüber dem Staat garantiert das deutsche Grundgesetz (GG) in Artikel 4 Absatz 3: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“ Damit ist dem deutschen Staat von seiner Verfassung im Kern verboten: ein Zwang zum Kriegsdienst, ein Zwangskriegsdienst, ein Kriegsdienstzwang! (Die einzige Voraussetzung ist dabei, dass das Gewissen der von dem Zwang betroffenen Person dem Kriegsdienst entgegensteht.)

Obwohl dieser Begriff des Kriegsdienstzwangs also die korrekte und direkt aus Art. 4 Abs. 3 GG abgeleitete und den Sachverhalt treffende Bezeichnung ist, wird sie nur selten verwendet. Im Bereich der offiziellen Politik und des Militärs sowie in der Sprache der Gesetze und nachfolgend der Administration und der Gerichte wird von der Wehrpflicht gesprochen. Wehrpflicht ist der Begriff (in) der herrschenden Sprache – und eben auch die Sprache der Herrschenden. Dabei taucht dieser Begriff als solcher im Grundgesetz an keiner Stelle auf.

Eingeführt wurde der Kriegsdienstzwang im Zuge der Remilitarisierung Westdeutschlands mit der Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes durch den Bundestag am 7. Juli 1956. Eine ausdrückliche verfassungsrechtliche Grundlage gab es dafür zunächst nicht, allerdings war zuvor am 6. März 1956 das Grundgesetz durch den Art. 87a so ergänzt worden, dass „Streitkräfte zur Verteidigung“ aufgestellt werden (müssen). Auf Verfassungsebene wurde die sog. Wehrpflicht dann im Rahmen der Notstandsgesetzgebung 1968 durch den Art. 12a GG so normiert, dass über 18-jährige Männer „zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband“ verpflichtet werden können. Immerhin hat das Bundesverfassungsgericht 1978 entschieden, dass die vom Grundgesetz geforderte militärische Verteidigung vom Gesetzgeber entweder durch Zwang oder aber durch Freiwilligkeit organisiert werden kann.

Zum Unterschied zwischen Zwang und Pflicht

Was den wesentlichen Unterschied zwischen Pflicht und Zwang ausmacht, zeigt der Blick ins Wörterbuch. Danach ist Zwang eine äußere Einwirkung, etwas zu tun oder zu unterlassen, unter Anwendung oder Androhung von Gewalt gegen den eigenen Willen und auch damit eine Freiheitsbeschränkung. Eine Pflicht hingegen ist wesentlich dadurch gekennzeichnet, dass sie aus eigener Einsicht als notwendig erkannt und übernommen wird. Die Pflichterfüllung erfolgt also weitgehend freiwillig, Sanktionsandrohungen zur Brechung des eigenen und entgegenstehenden Willens sind nicht notwendig.

Bei einer Google-Anfrage nach dem Unterschied zwischen Pflicht und Zwang lautet die von sog. künstlicher Intelligenz generierte Antwort in der Zusammenfassung: „Pflicht ist eine einzusehende Notwendigkeit, Zwang ist eine ausgeübte Gewalt.“

Obwohl ganz im Sinn staatlicher Herrschaftslogik beim Kriegsdienstzwang offiziell von Pflicht gesprochen und das Wort Zwang vermieden wird, drohen bei Verweigerung der Dienstleistung massivste Sanktionen; es kommt dann zum Einsatz des Strafrechts, bekanntlich „das schärfste Schwert des Staates im Umgang mit seinen Bürger*innen“.

Das zeitgleich mit der „Wehrpflicht“ eingeführte Wehrstrafgesetz (WStG) sieht für „Straftaten gegen die Pflicht zur militärischen Dienstleistung“ Freiheitsstrafen, also Gefängnis, bis zu fünf Jahren vor („Fahnenflucht“, § 16 WStG); wer als Soldat*in Befehle verweigert, muss mit bis zu drei Jahren Gefängnis rechnen („Gehorsamsverweigerung“, § 20 WStG). Weil der Zivildienst der nach Art. 4 Abs. 3 GG staatlich anerkannten Kriegsdienstverweigerer ein bloßer Ersatz ist, gelten für Zivildienstleistende analoge Strafdrohungen nach dem Zivildienstgesetz („Dienstflucht“, § 53 ZDG; „Nichtbefolgen von Anordnungen“, § 54 ZDG).

Dienst im, für und am Krieg und das „Wehren“

Sich-wehren gegen Unrecht und Angriff ist richtig und erlaubt, wenn es verhältnismäßig ist. Kriegsdienst ist jeder Dienst im, für und am Krieg. Dieser ist nie verhältnismäßig, ist selbst Unrecht und trifft immer Unschuldige und die Zivilbevölkerung. Und die Behauptung vom Sich-wehren ist häufig umstritten oder glatte Lüge – man denke z.B. an die falsche Behauptung „Ab 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen“, mit der Deutschland den Zweiten Weltkrieg begann.

Militär ist insgesamt eine Zwangsveranstaltung mit rigider Hierarchie, organisiert nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam und als Instrument konstruktiver Konfliktlösung und fairen Interessenausgleich ungeeignet. Als „Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen“, als die wir uns in der DFG-VK verstehen, unterstützen wir „die Verweigerung aller militärischen und nichtmilitärischen Kriegsdienste als einen Beitrag gegen Krieg und Kriegsvorbereitung“, wie wir es in unserem Programm formuliert haben.

Das Gerede von der Wehrpflicht als staatsbürgerlicher Aufgabe ist deshalb genauso wie die Forderung nach Kriegstüchtigkeit Teil der Kriegspropaganda. Aus pazifistischer und aus menschenrechtlicher Sicht gibt es nur diese Wehrpflicht: Die Pflicht, sich zu wehren gegen jeden Kriegsdienstzwang!

Stefan Philipp